

*Foreign Policy, ein wichtiges außenpolitisches US-Magazin, hat sich vor der Münchner Sicherheitskonferenz mit dem zwiespältigen Verhältnis der Trump-Regierung zur NATO befasst.*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 021/18 – 16.02.18**

## **Trumps Schatten über der NATO**

**Ein Jahr nach Trumps Amtsantritt sind die europäischen Verbündeten erleichtert,  
dass es die NATO noch gibt,  
die bisherige Führungsposition der USA steht aber infrage**

Von Dan De Luce, Robbie Gramer, Emily Tamkin

Foreign Policy, 29.01.18

( <https://foreignpolicy.com/2018/01/29/trumps-shadow-hangs-over-nato-transatlantic-alliance-europe-defense-deterrence-europe-mattis-jens-stoltenberg/> )

Wenn sich im Februar Generäle und Diplomaten zu der äußerst wichtigen Sicherheitskonferenz in München versammeln, wird Präsident Donald Trump nicht dabei sein. Aber der US-Präsident wird einen langen Schatten über das jährliche Ereignis werfen, weil seine abfälligen Bemerkungen über die NATO das Vertrauen der transatlantischen Partner in die USA erschüttert haben.

Es wird erwartet, dass Zweifel an der Einstellung Washingtons zur NATO die Münchner Sicherheitskonferenz vom 16. bis 18. Februar dominieren und europäische Sicherheitsexperten versuchen werden, die widersprüchlichen Botschaften aus dem Weißen Haus zu deuten.

Gleich nach der Wahl Trumps im November 2016 stellten sich die europäischen Regierungen auf ein Horrorszenario ein; sie befürchteten, der Präsident, der den USA wieder Platz 1 verschaffen will, würde sich Russland annähern und von der Hauptdoktrin der NATO, der kollektiven Verteidigung, abrücken. Ein Jahr danach sind ihre schlimmen Befürchtungen aber noch nicht wahr geworden.

Trumps Äußerungen haben zwar viel Staub aufgewirbelt, die NATO existiert aber noch. Offizielle aus den USA und aus Europa haben durchblicken lassen, dass sich im Hintergrund US-Militärs und Minister der Regierung Trump mit ihren europäischen Partnern darauf verständigt haben, bei der Abschreckung Russlands auch weiterhin eng zu kooperieren.

Trotz Trumps Gepolter hat seine Regierung konkrete Schritte unternommen, um die Allianz zu stärken und Moskau entgegenzutreten; Waffenverkäufe an die Ukraine sollen die Bekämpfung der prorussischen Separatisten erleichtern, und die Ostflanke der NATO wurde mit zusätzlichen US-Panzern verstärkt.

Die NATO-Verbündeten konnten mit Geld, militärischer Hardware und gemeinsam durchgeführten Manövern beruhigt werden. Eine Allianz ist aber nicht nur mit Waffen und höheren Budgets zusammenzuhalten. Die Äußerungen und der harsche Ton des US-Präsidenten haben nach Auskunft europäischer Offizieller ernste Zweifel aufkommen lassen, ob die USA in einer Krise ihre Beistandspflicht erfüllen werden.

Ein höherer europäischer Offizier hat gegenüber *Foreign Policy* geäußert: "Wir versuchen mit unseren amerikanischen Partnern die Spannungen innerhalb der NATO abzubauen, aber Trumps Äußerungen haben große Unsicherheit hervorgerufen."

"Andere europäische Verbündete meinen, es sei nicht ganz so schlimm gekommen, wie sie erwartet haben," stellte Julianne Smith fest, die dem früheren Vizepräsidenten Biden als stellvertretende Sicherheitsberaterin gedient hat.

Sie fügte noch hinzu: "Einige Verbündete haben zwar schon Erleichterung signalisiert, die ungeklärte Zukunft stößt ihnen aber immer noch sauer auf."

Die Europäer setzen ihre Hoffnung auf die schon länger als sechs Jahrzehnte andauernden engen militärischen Verbindungen. Und in Trumps Team sehen sie Verteidigungsminister James Mattis und General Joseph Dunford, den Chef des US-Generalstabes, als Verfechter der Allianz an.

Bei einer Zeremonie, die am 15. Januar in Brüssel stattfand, wurde General Dunford das deutsche Bundesverdienstkreuz verliehen (s. <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundesverdienstkreuz-fuer-joseph-f-dunford-hohe-auszeichnung-fuer-us-general-1.3826052?reduced=true> ); das war eine deutliche Botschaft an Trump, obwohl sein Name überhaupt nicht genannt wurde.

Diplomatisch erinnerte Dunford an die militärischen Beziehungen, die ein Gegengewicht zu den politischen Problemen zwischen Washington und Europa bilden könnten. Er sagte: "Ich denke, dass uns die Beziehungen zwischen den Streitkräften zusammenhalten, auch wenn es gelegentlich Meinungsverschiedenheiten gibt."

Als Maßnahme zur Beruhigung der europäischen Regierungen hat die Trump-Regierung beschlossen, mehr US-Soldaten und Panzer nach Osteuropa zu schicken und mehr Ausbildungs- und Trainingseinsätze mit NATO-Partnern durchzuführen. Im Jahr 2018 will das US-Verteidigungsministerium für die European Deterrence Initiative [s. <https://www.defense.gov/News/Article/Article/1199828/2018-budget-request-for-european-reassurance-initiative-grows-to-47-billion/> ] 4,8 Milliarden Dollar ausgeben; verglichen mit 2017 ist das eine Steigerung um 1,4 Milliarden Dollar.

Trump zögert zwar, den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu kritisieren oder Moskau die Einmischung in die US-Präsidentenwahl 2016 vorzuwerfen, seine Regierung hat aber trotzdem russische Konsulate wegen Spionageverdacht geschlossen, auf Drängen des Kongresses härtere Sanktionen gegen Russland verhängt und grünes Licht für die Lieferung von Panzerabwehrwaffen an die ukrainische Regierung gegeben, was sein Vorgänger noch abgelehnt hatte.

"Es lässt sich wohl nicht bestreiten, dass der Kandidat Trump Dinge gesagt hat, die Stirnrunzeln verursacht haben," meinte ein europäischer Diplomat. "Langsam wird aber klar, dass das Engagement der USA für die NATO eher größer wurde, seit die Trump-Regierung komplett ist."

Mattis und Dunford werden von "Atlantikern" und "Russengegnern" unterstützt: von Wess Mitchell, dem Staatssekretär für europäische und eurasische Angelegenheiten, von Kurt Volker, dem Sonderbotschafter für die Ukraine, von Thomas Goffus, dem Unterstaatssekretär für europäische und NATO-Politik im Verteidigungsministerium und von führenden Mitgliedern des National Security Council / NSC (weitere Infos dazu unter [https://de.wikipedia.org/wiki/United\\_States\\_National\\_Security\\_Council](https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_National_Security_Council) ) wie Richard Hooker und Fiona Hill.

"Mitglieder des NSC verbringen viel Zeit damit, den Widerstand der Ultrarechten gegen Trumps Europapolitik zu brechen" sagte ein ehemaliger führender Pentagon-Mitarbeiter der unter George W. Bush gedient hat. Aber keiner von ihnen kann die NATO gegen Trump unterstützen.

Als Präsidentschaftskandidat hat Trump die NATO wiederholt als "obsolet" (veraltet oder überholt) bezeichnet und den Artikel 5 über die gegenseitige Beistandspflicht (s. <http://www.staatsvertraege.de/natov49.htm> ) bis zur seiner zweiten Europareise im Juli 2017 infrage gestellt. Nach Aussage europäischer Offizieller war sein Besuch (bei der NATO) in Brüssel im Mai 2017 der absolute Tiefpunkt (s. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/trump-in-bruessel-ruepel-in-chief/19854728.html> ); dort hat er Verbündete öffentlich beschuldigt, Schmarotzer zu sein, und sich bei einem gemeinsamen Essen hinter verschlossenen Türen "wie ein Elefant im Porzellanladen" benommen [s. dazu auch <https://foreignpolicy.com/2017/06/09/trump-discovers-article-5-after-disastrous-nato-visit-brussels-visit-transatlantic-relationship-europe/> ].

Trump hat vor allem die NATO-Mitglieder angegriffen, die noch immer nicht die von der NATO beschlossenen 2 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts / BIP für Verteidigung ausgeben. Nur 5 der 29 NATO-Mitglieder – die USA, Großbritannien, Estland, Polen und Griechenland – haben diese Vorgabe erreicht, und nach Meinung einiger Experten wird die Bedeutung dieser Festlegung stark übertrieben.

Trumps rüde Erpressermethoden haben einige NATO-Verbündete so verstört, dass sie sich fragen, ob ihnen der US-Präsident überhaupt beispringen würde, wenn es notwendig wäre?

"In Gesprächen mit führenden Europäern höre ich immer wieder, dass in jeder Diskussion in NATO-Gremien sofort über die 2-Prozent-Marke geredet wird," äußerte Ivo Daalder [s. <http://www.defenseone.com/ideas/2017/10/benchmark-blinding-us-nato-members-contributions/141736/> ], ein ehemaliger US-Botschafter bei der NATO, der jetzt Präsident des Chicago Council on Global Affairs (weitere Infos dazu s. [https://en.wikipedia.org/wiki/Chicago\\_Council\\_on\\_Global\\_Affairs](https://en.wikipedia.org/wiki/Chicago_Council_on_Global_Affairs) ) ist.

Seit Trump Präsident ist, spielen die USA nach Meinung von Insidern im NATO-Hauptquartier Brüssel nicht mehr die bisher unangefochtene Hauptrolle. Trump kann nicht nur die unter Barack Obama eingeleiteten Initiativen weiterführen, er müsste auch neue, eigene Ideen in den Nordatlantikrat, das Entscheidungsgremium der NATO, einbringen.

"Die bisher führende Stellung der USA im Nordatlantikrat existiert praktisch nicht mehr," stellte Jim Townsend fest, der früher im US-Verteidigungsministerium für die Europa- und NATO-Politik zuständig war. "Der Motor der NATO arbeitet nicht mehr."

Die Allianz hat zwar beschlossen, ihre Präsenz in Osteuropa zu verstärken und will neue Kommandos für die Logistik und die Seestreitkräfte einrichten, nach Townsends Meinung vermischen die NATO-Mitglieder aber vor allem einen für alle verbindlichen Mobilisierungsplan für den Ernstfall.

"Was die Abschreckung angeht, irren wir im Nebel umher," beklagte Townsend.

Trumps mangelnde Begeisterung für die NATO leitet Wasser auf die Mühlen der NATO-Skeptiker in Europa, die schon länger fordern, Europa müsse sich selbst um seine Verteidigung kümmern und sich nicht nur auf die USA verlassen. Die offenen Fragen zum künftigen US-Engagement haben auch Wünsche nach einer stärkeren Annäherung an Russland wiederbelebt.

"Wenn Zweifel an der Sicherheitsgarantie des wichtigsten Verbündeten aufkommen, wächst das Bedürfnis nach Eigensicherung," bemerkte Daalder.

Trump hat nicht nur das Vertrauen in die NATO erschüttert, er hat auch generelle Zweifel an den transatlantische Beziehung geweckt – mit seiner Kritik an der Europäischen Union und seiner beabsichtigten Rückkehr zu einer protektionistischen Handelspolitik. Die EU strebt jetzt eigenständig eine globale Handelsordnung an [s. dazu auch <https://www.nytimes.com/2018/01/24/us/politics/trump-trade-america-first-davos.html>] und will vor allem ihre Geschäftsbeziehungen mit Japan ausbauen – während die USA gleichzeitig dabei sind, ihre traditionelle Rolle als wichtigster Garant offener Märkte aufzugeben.

Mattis und seine Militärkommandeure bemühen sich zwar sehr, das transatlantische Bündnis zu erhalten, aber der von Trump angerichtete Schaden könnte nach Meinung ehemaliger und aktiver europäischer Politiker so groß sein, dass die in Jahrzehnten aufgebaute Vertrauensbasis nicht wieder herzustellen ist.

"Es könnte sehr lange dauern, bis die tiefen Wunden in den transatlantischen Beziehungen wieder vernarbt sind," meinte Alexander Vershbow, ein ehemaliger US-Diplomat, der auch schon einmal stellvertretender NATO-Generalsekretär war.

"Für Europa werden die USA jetzt immer das Land bleiben, das Donald Trump gewählt hat," sagte er abschließend.

*Dan De Luce ist Foreign-Policy-Chefkorrespondent für nationale Sicherheit.*

*Robbie Gramer ist Foreign-Policy-Korrespondent für nationale Sicherheit und Diplomatie.*

*Emily Tamkin ist eine bei Foreign Policy angestellte Journalistin, die über Botschaften und Diplomaten in Washington berichtet.*

(Wir haben den sehr aufschlussreichen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern waren bereits im Originaltext enthalten, den wir nachfolgend abdrucken.)



## **Trump's Shadow Hangs Over NATO**

**A year since Trump entered office, European allies are relieved the alliance is still standing, but U.S. leadership remains in doubt.**

By Dan De Luce, Robbie Gramer, Emily Tamkin, January 29, 2018

When generals and diplomats gather for Europe's most important security conference in Munich next month, President Donald Trump will not be in the room. But the U.S. president will cast a long shadow over the annual event, as his provocative comments about the NATO alliance have shaken the confidence of America's partners across the Atlantic.

Doubts about Washington's leadership of NATO are expected to dominate the Feb. 16-18 Munich Security Conference, with European strategists weighing what to make of the contradictory messages coming from the White House.

Immediately after Trump's election in November 2016, European governments braced for a nightmare scenario, fearing the "America First" president would make good on his talk of

cozying up to Russia and abandoning NATO's central tenet of collective defense. But more than a year later, their worst fears have yet to be realized.

Even as Trump's words roiled the waters, the NATO alliance is still standing. Below the surface, U.S. military brass and Trump's deputies are working with their European counterparts to try to deter Russia, current and former U.S. and European officials say.

Despite his rhetoric, Trump's administration has taken concrete steps to bolster the alliance and counter Moscow, approving weapons sales to help Ukraine take on pro-Russian separatists and deploying more American tanks to NATO's eastern flank.

For NATO allies, the money, the military hardware, and the drills are all reassuring. But an alliance is not just about weapons and budgets. And the president's tone and words have planted serious doubts about whether the United States will deliver in a crisis, Western officials say.

"We still work well with our American counterparts inside NATO," one senior European military officer told Foreign Policy. "But when these things are said, it's a problem. It creates this uncertainty."

For European allies, their view is that "it isn't as bad as we thought it would be," said Julianne Smith, who served as deputy national security advisor to former Vice President Joe Biden.

But she added: "While some allies are breathing a sigh of relief, there's still some heartburn or, at the very least, some uncertainty about where we're going."

The Europeans are pinning their hopes on more than six decades of close military ties. And they are looking to Trump's team, including Defense Secretary James Mattis and the chairman of the Joint Chiefs of Staff, Gen. Joseph Dunford, to serve as guardians of the alliance.

At a Jan. 15 ceremony in Brussels where German officials presented a medal to Dunford, that message came through loud and clear, though no one uttered Trump's name.

Dunford diplomatically suggested long-established military ties could provide a counterweight to the political friction between Washington and Europe: "I think the military-to-military relationship keeps us on the straight and narrow even when we have occasional disagreements."

In a move that reassured European governments, the Trump administration has opted to increase funding for more U.S. troops and hardware in Eastern Europe and to bolster training and drills with NATO partners. As part of the European Deterrence Initiative, the Defense Department plans to spend \$4.8 billion in 2018, an increase of \$1.4 billion over fiscal year 2017.

And despite Trump's reluctance to criticize Russian President Vladimir Putin or to call out Moscow over its meddling in the 2016 U.S. presidential election, his administration shuttered Russian consulates suspected of espionage, boosted sanctions on Russia (though with considerable congressional strong-arming), and gave the green light to supply Ukraine's government with anti-tank weapons — a move Trump's predecessor rejected as too risky.

“It would be a bizarre thing to deny that some of the things candidate Trump said raised eyebrows,” said one European diplomat. “But actually it’s been pretty clear from the day the administration as a whole took power that commitment in NATO is in some senses almost increasing.”

Behind these decisions, with backing from Mattis and Dunford, is an administration team stacked with “Atlanticists” and Russia hawks: Wess Mitchell, the assistant secretary of state for European and Eurasian affairs; Kurt Volker, the special envoy on Ukraine; Thomas Goffus, the deputy assistant secretary of defense for European and NATO policy; and senior National Security Council staffers including Richard Hooker and Fiona Hill.

“The NSC staff spends a lot of time fighting back the ‘alt-right’ residue on Trump’s Europe policy,” said a former senior Pentagon official who served under George W. Bush’s administration. But none of these officials can insulate NATO from Trump.

Trump repeatedly called NATO “obsolete” as a presidential candidate and refused to fully endorse Article 5, which affirms the alliance’s mutual defense principle, until his second trip to Europe in July. The low point, European officials say, was his visit to Brussels in May in which he chided allies publicly for freeloading and then gave them an off-script tongue-lashing in a closed-door dinner that was described as a “train wreck.”

Trump has focused almost exclusively on the failure of most of the member states to meet a NATO target for defense spending at 2 percent of GDP. Only five of NATO’s 29 members — the United States, Britain, Estonia, Greece, and Poland — meet that benchmark, but experts insist that the importance of the number is overstated.

Trump’s transactional approach has unsettled NATO allies, reinforcing questions about whether the president would back up the alliance when it counted.

“I have heard increasingly from Europeans at the very highest levels that any discussion in NATO on any issue immediately turns into a 2 percent discussion,” said Ivo Daalder, the former U.S. ambassador to NATO and now president of the Chicago Council on Global Affairs.

As a result, the United States has so far failed to play its customary leading role at alliance headquarters in Brussels under Trump’s tenure, former officials say. Apart from renewing its support for initiatives set out under Barack Obama’s tenure, the Trump administration has yet to generate new ideas for the alliance or shape discussions among political envoys at the North Atlantic Council, NATO’s decision-making body.

“U.S. leadership at the [North Atlantic Council] is almost nonexistent,” said Jim Townsend, a former senior Defense Department official who handled European and NATO policy. “The normal engine of developing NATO policy is not working.”

While the alliance has sought to bolster its presence in Eastern Europe and plans to create new logistics and maritime commands, NATO members are still lagging behind when it comes to having forces and equipment ready to deploy at a moment’s notice, Townsend said.

“Right now, we’re deterring on fumes.”

Trump’s lack of enthusiasm for the alliance has provided ammunition to NATO skeptics across the Atlantic, who have renewed calls for Europe to take charge of its defense wi-

thout depending solely on the United States. And questions about U.S. commitment have also encouraged the idea that European countries should explore a more accommodating stance toward Russia.

“Once you start placing doubts on the reliability of the security guarantee of the most important ally, you start to hedge,” Daalder said.

Apart from his stance on NATO, Trump has triggered broader doubts about the transatlantic relationship because of his hostile anti-EU rhetoric and his protectionist policies on trade. The European Union is now pursuing its own global trade agenda — including a new deal with Japan — as the United States appears ready to abandon its traditional role as the chief guarantor of an open market system.

As much as Mattis and military commanders seek to shore up the transatlantic bond, Trump could cause lasting damage to the alliance, undermining trust built up over decades, current and former Western officials say.

“The transatlantic relationship may be scarred for a long time to come,” said Alexander Vershbow, the former NATO deputy secretary-general and veteran U.S. diplomat.

“For Europe,” he said, “America will now always be the country that elected Donald Trump.”

*Dan De Luce is Foreign Policy’s chief national security correspondent. @dandeluce*

*Robbie Gramer is a diplomacy and national security reporter at Foreign Policy. @robbie-gramer*

*Emily Tamkin is a staff writer at Foreign Policy covering ambassadorial and diplomatic affairs in Washington. @emilyctamkin*

[www.luftpост-kl.de](http://www.luftpост-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**